

GastWirtschaft



Urs Fischbacher ist Leiter Thurgauer Wirtschaftsinstitut (TWI) in Kreuzlingen

Flugs umgebucht

Kürzlich erreichte uns eine E-Mail von Swiss. Der gebuchte Flug fliege nicht wie angegeben um 12 Uhr, sondern bereits um 6:00 ab. Das bedeutet, dass wir nicht mehr mit dem Zug zum Flughafen fahren können, sondern ein Taxi nehmen müssen. Es schien uns selbstverständlich, dass Swiss die Taxi-Kosten übernimmt. Doch weit gefehlt. Sie meldet: Mit dem Ticket-Kauf hätten wir einen Vertrag abgeschlossen, gemäss diesem habe die Fluggesellschaft das Recht, die Abflugzeiten zu ändern. Ich erinnerte mich an eine frühere Reise: Eine Billigfluglinie hatte die Abflugzeit so verschoben, dass wir einen Anschlussflug nicht mehr erreichen konnten. Damals hatten wir uns vorgenommen, nie mehr Billigflüge zu buchen, in der Annahme, dass so etwas bei einer «richtigen» Fluggesellschaft nicht passieren könnte.

Selbstverständlich ging in beiden Fällen alles mit rechten Dingen zu und her. Vertrag ist Vertrag. Was mich aber stört, ist die Asymmetrie dieser Regeln. Ich empfinde es als unfair, dass ich Abflugzeiten nur unter Kosten ändern kann, dass aber die Fluggesellschaft, wenn sie die vereinbarten Abflugzeiten nicht einhält, nicht für die damit verbundenen Kosten einstehen muss. Asymmetrische Verträge sind nicht überall erlaubt. So kann man in Arbeitsverträgen nicht unterschiedliche Kündigungsfristen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer festlegen. Zum Schutz der schwächeren Partei.

Offenbar bräuchten Konsumenten einen stärkeren Schutz vor unfairen «Verträgen», denn hier richtet es der Markt nicht. Konkurrenz sollte eigentlich dazu führen, dass Regelungen fair ausgestaltet sind. Aber weshalb sind denn im Hotel die Telefongebühren oft exorbitant, weshalb sind die Preise der Drucker moderat, diejenigen der Druckerpatronen unverschämt. Und weshalb sind Support-Dienste oft ungenügend? Weil diese Güter versteckte Kosten haben. Diese zu berücksichtigen ist aufwendig. Und deshalb kann eine Fluggesellschaft Passagiere ohne Entschädigung flugs umbuchen, weil diese beim Kauf des Tickets eine solche Möglichkeit gar nicht voraussehen.

JOURNAL

Linde-Chef Reitzle auf dem Wolfsberg

ERMATINGEN. Am Dienstag, 4. Oktober, um 20 Uhr, referiert Professor Wolfgang Reitzle, Chef der Linde AG, München, auf dem Wolfsberg zum Thema Clean Energy: «Technologie als Wegbereiter für eine nachhaltige Energieversorgung». Die Linde Gruppe ist ein weltweit führendes Unternehmen, das mit rund 48.500 Mitarbeitenden in über 100 Ländern einen Umsatz von gut 12 Milliarden Euro erzielt. (red.)

Junge müssen politischer werden

Die USA hätten nach 2001 den Krieg gegen mangelnde Lesefähigkeit weiterführen sollen, statt in den Krieg gegen den Terror zu ziehen. Auch Europa stehe mit der Jugendarbeitslosigkeit vor Problemen, so Lord Hastings in Stein am Rhein.

MARTIN KNOEPFEL

STEIN AM RHEIN. Mit den sich ankündigenden Risiken befasste sich die Diskussion gestern morgen beim Stein-am-Rhein-Symposium (Stars). Der Brite Lord Michael Hastings of Scarisbrick ist Vizepräsident der international tätigen Revisions- und Treuhandgesellschaft KPMG. Die USA hätten 2001 nicht den Krieg gegen den Terror beginnen, sondern den Krieg gegen den Illetrismus weiterführen müssen. In diesem Fall stünden sie heute wirtschaftlich besser da und die Arbeitslosigkeit wäre tiefer, ist Hastings überzeugt. Aber auch Europa habe ähnliche Probleme. Wenn die Jugendarbeitslosigkeit anhalte, seien Ausschreitungen wie in London auch in anderen Ländern möglich, mit riesigen Folgekosten für das Justizsystem, warnte Hastings. Als Beispiel für den Kapitalismus der Zukunft nannte er den Nestlé-Konzern. Nestlé nütze in den Ländern, in denen es aktiv sei, mehr, als dass es herausziehe.

Joachim Bitterlich war langjähriger Berater Helmut Kohls und ist heute Vizepräsident für internationale Angelegenheiten des französischen Veolia-Konzerns. Aus der Sicht Chinas, Lateinamerikas und anderer aufstrebender Regionen sei Europa eine «lahme Ente», unfähig, seine Interessen zu verteidigen. China sichere sich in Afrika Rohstoffe und Land für die Agrarproduktion, während Europa dem nur zuschauen, sagte er. Zugleich warnte Bitterlich aber auch, dass drei bis fünf Millionen junge Algerier auswandern möchten, am liebsten nach Frankreich.

Aufforderung zum Engagement

Schliesslich forderte er, die junge Generation müsse politischer werden als die Generation vor ihr. «Es ist ihre Zukunft, nicht unsere.» Offenbar hatte vor allem das den Nerv der Zuhörer getroffen. In der Diskussion kreisten das erste halbe Dutzend Fragen um dieses Thema. Hastings sekundierte Bitterlich mit dem Argument, Nichtregierungsorganisationen (NGO) könnten die Firmen in Panik versetzen. Jeder, der in der Wirtschaft eine Führungsrolle habe, müsse sich in einer wichtigen NGO engagieren.

LIIELOTTA SCHIESSER
ERMATINGEN. Die Konjunktur sei in der Schweiz im zweiten Halbjahr 2011 stark abgebremst worden. Trotz der anhaltenden Überbewertung des Frankens beurteile er aber die wirtschaftliche Entwicklung für die nächste Zeit optimistisch, sagte UBS-Ökonom Caesar Lack auf dem Wolfsberg.

Existenzielles Problem

Lack hatte es bei einer Veranstaltung zum Thema «Wirtschaftsaussichten Schweiz und Kanton Thurgau» übernommen, die Lage der Schweiz zu analysieren und einen Blick in die Zukunft zu wagen. Die Aussichten des Thurgaus beurteilten Peter Schütz, Präsident des kantonalen Gewerbeverbandes, und Christian Neuweiler, Präsident der Thurgauer Industrie- und Handelskammer (IHK). Während Lack fand, die zu hohe Bewertung des Frankens gegenüber anderen



Bild: Michael Kessler

Lord Hastings warnt vor den Folgen der Jugendarbeitslosigkeit.

Währungen sei keine wirkliche Gefahr für die Schweizer Wirtschaft, sahen das die Thurgauer anders. Neuweiler sagte, diese Meinung sei «in den Teppichetagen in Zürich» entstanden. Für die exportorientierte Thurgauer Industrie sei der tiefe Wechselkurs ein existenzielles Problem.

Mangel an Führungspersonen?

Hastings wie Bitterlich bedauern, dass immer mehr Politiker nur darauf schauen, wie sie in den Medien und vor ihren Wählern dastünden. Das erlaube keine langfristige Politik mehr. Hastings sieht in der rekordtiefen Beteiligung der Bürger an Wahlen ein Indiz für einen breiter werdenden

Graben zwischen Politik und Gesellschaft. Die Demokratie liefere nicht immer gute Ergebnisse für das Volk, sagte er mit Verweis auf Simbabwe. Bitterlich sieht immer weniger Leute, die mit ihrer inneren Unabhängigkeit sich als Führungskräfte eigneten.

Zu Stars sind rund 90 künftige Führungskräfte eingeladen, meist aus der Wissenschaft, aber auch aus Nichtregierungsorganisationen und der Kultur. Die Tagungen sind weitgehend nichtöffentlich und finden jährlich in Stein am Rhein und in Penglai (China) statt.



Joachim Bitterlich Vizepräsident Veolia Umwelt

Der Euro ist nicht krank

Das grösste Problem Europas ist im Moment die Staatsschuldenkrise. Wie soll man sie lösen? **Joachim Bitterlich:** Griechenland erhielt seit 1982 mehrfach Finanzspritzen der EU und steht heute vor einem Scherbenhaufen. Heute stellt man fest, das Problem kann das ganze System sprengen. Griechenland braucht eine Reform an Haupt und Gliedern. Zum Vergleich. Die Türkei führte nach der Krise der Neunzigerjahre mit Hilfe des IWF und des mutigen Premiers Erdogan Reformen durch und steht heute hervorragend da. Leider fehlte der Politik der Mut, in Griechenland nötige Restrukturierungen durchzusetzen.

Weshalb?

Bitterlich: Mir scheint, Europa wird immer noch zu sehr von nationalen Egoisten geprägt statt von der Einsicht, dass wir alle Teile eines Systems sind, das wir reformieren müssen. Die letzten sechs Monate waren in der EU von gegenseitigem Misstrauen geprägt. Das hat uns nicht weitergebracht in der Lösung der Krise. Dabei sitzen wir alle in einem Boot.

Haben der Euro und die EU noch eine Zukunft, wenn mit Spanien und Italien grosse Mitglieder von der Schuldenkrise erfasst werden?

Bitterlich: Wir haben ein vitales Interesse daran, den Euro nicht in Gefahr zu bringen. Er hat der europäischen Wirtschaft Stabilität gebracht. Portugal und Spanien sind auf dem richtigen Weg, sogar Italien hat mutige Schritte gemacht. Der Euro ist nicht krank. Viel beunruhigender ist die Lage in den USA, wo die Arbeitslosigkeit steigt und man die Verschuldung nicht in den Griff bekommt.

BEFRAGT

Deutschland steht erstaunlich gut da. Es dankt es den Reformen, die die Regierung Schröder und die grosse Koalition in den Bereichen Arbeitsmarkt, Renten und Krankenversicherung durchführten.

Muss man heute nicht sagen, dass die Schweiz recht hat, dass sie der EU nicht beigetreten ist?

Bitterlich: Die Schweiz ist halb drin. Der Schritt der Schweizer Nationalbank, eine Euro-Franken-Untergrenze festzulegen, war richtig und mutig. Die Nationalbank kennt die Folgen der engen Verflechtung zwischen der EU und der Schweiz. Ich würde den EU-Beitritt der Schweiz befürworten.

Wel ein Nettozahler käme?

Bitterlich: Nein, weil wir von der Schweiz lernen können, die Gesellschaft zu integrieren. Das politische System der Schweiz, das als schwerfällig gilt, hat mit dem Dreisäulenprinzip in den Achtzigerjahren eine Rentenreform realisiert, die Europa so bis heute nicht geschafft hat. Bis heute gibt es in der EU zu wenig Bereitschaft, über den eigenen Tellerrand zu schauen und von anderen zu lernen.

Man hört heute die Klage, in der deutschen Politik regiere das Mittelmaß. Stimmt das, oder hörte man das früher auch schon?

Bitterlich: Die Klage hörte man auch früher. Ich nehme mich da nicht aus. Der fehlende Mut der Politik bedrückt mich schon. Ich bin sicher, das Volk ist sich des Ernsts der Lage viel stärker bewusst als die Politik glaubt.

Dann sollte die Bundeskanzlerin sagen, die Deutschen müssen wegen der südlichen EU-Mitglieder mehr Steuern zahlen?

Bitterlich: Ich glaube nicht, dass es höhere Steuern braucht. Aber die Kanzlerin sollte nicht nur pragmatisch an die Probleme herangehen, sondern den Mut haben, den Menschen reinen Wein einzuschenken. Es braucht keine Blut- und Tränen-Rede, aber eine klare Ansprache der Risiken und ein Bekenntnis zum Euro.

Auswirkungen des Frankens umstritten

Christian Neuweiler, Präsident der Thurgauer IHK, widerspricht UBS-Ökonom Caesar Lack. Dass die zu hohe Bewertung des Frankens keine Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft habe, sei in Zürcher Teppichetagen entstanden.

LIIELOTTA SCHIESSER

ERMATINGEN. Die Konjunktur sei in der Schweiz im zweiten Halbjahr 2011 stark abgebremst worden. Trotz der anhaltenden Überbewertung des Frankens beurteile er aber die wirtschaftliche Entwicklung für die nächste Zeit optimistisch, sagte UBS-Ökonom Caesar Lack auf dem Wolfsberg.

Existenzielles Problem

Lack hatte es bei einer Veranstaltung zum Thema «Wirtschaftsaussichten Schweiz und Kanton Thurgau» übernommen, die Lage der Schweiz zu analysieren und einen Blick in die Zukunft zu wagen. Die Aussichten des Thurgaus beurteilten Peter Schütz, Präsident des kantonalen Gewerbeverbandes, und Christian Neuweiler, Präsident der Thurgauer Industrie- und Handelskammer (IHK). Während Lack fand, die zu hohe Bewertung des Frankens gegenüber anderen

Währungen sei keine wirkliche Gefahr für die Schweizer Wirtschaft, sahen das die Thurgauer anders. Neuweiler sagte, diese Meinung sei «in den Teppichetagen in Zürich» entstanden. Für die exportorientierte Thurgauer Industrie sei der tiefe Wechselkurs ein existenzielles Problem.

Lack hatte zuvor darauf hingewiesen, dass die Konjunktur in den USA und Europa im zweiten Halbjahr 2011 «fast eine Vollbremsung» hingelegt habe. Auch in der Schweiz müsse damit gerechnet werden, dass es im zweiten Halbjahr praktisch kein Wirtschaftswachstum mehr geben werde. Trotzdem sei er für die Schweiz optimistisch. Ihr werde es – verglichen mit anderen Ländern – auch in nächster Zukunft gut gehen. Das liege vor allem daran, dass in der Schweiz ein Grossteil der Wertschöpfung im Dienstleistungsbereich erarbeitet werde. Dieser sei profitabler und

weniger vom Wechselkurs abhängig als die Industrie. Zudem sei die Staatsverschuldung tief, was auch ein günstiges Steuerniveau bedeute. Der Franken sei bei einem Wechselkurs von 1,21 zum Euro immer noch um 15 Prozent zu hoch bewertet. Das schmälere zwar die Erträge der Exportwirtschaft. Das aber sei «eine tempo-

räre Erscheinung». Bereits in den 1990er- und den 1970er-Jahren sei die Situation ähnlich gewesen. Zudem habe auch niemand etwas gesagt, als der Franken zwischen 2005 und 2009 deutlich unterbewertet gewesen sei. «Heute wird versucht, die Überbewertung zu bekämpfen. Das ist nicht besonders logisch», sagte Lack.

Die Chancen der Thurgauer Wirtschaft stufte er etwas schlechter ein als die der Gesamtschweizer Wirtschaft: Im Thurgau sei der Dienstleistungsbereich wesentlich schwächer als im Durchschnitt. Dagegen sei vor allem die metallverarbeitende Industrie (MEM) stark vertreten. Diese sei stark exportorientiert und damit spüre sie die Frankenüberbewertung stark. Der Thurgau sei «wenig dynamisch.»

Politik soll sich raushalten

In dieser Einstufung sahen Schütz und Neuweiler den Thurgau zu negativ bewertet: Er sei ein attraktiver Wohn- und Arbeitskanton. Aber der Eingriff der Nationalbank zur Stabilisierung des Wechselkurses sei unbedingt nötig gewesen. Weitere Unterstützung der Wirtschaft durch finanzielle Zuwendungen lehnte Schütz aber ab. Die «Politik soll die Finger davon lassen», sagte er.

Schweiz wäre stark betroffen

Caesar Lack, Mitglied der UBS-Wealth-Management-Research-Abteilung, wies am Freitag darauf hin, dass die Schweiz vom Zusammenbruch hochverschuldeter Staaten stark betroffen wäre. «Die Schweiz ist der viertgrösste Gläubiger der Welt», so Lack. Noch mehr Kredite an andere Staaten hätten nur Japan, Chi-

na und Deutschland vergeben. Wenn die Schuldnerländer wie beispielsweise Griechenland nicht mehr zahlen könnten, «werden es die Gläubigerländer merken», sagte er. In der Schweiz könnte dies weitreichende Folgen haben, sei doch ein Teil der Gelder aus Pensionskassengeldern finanziert worden. (ls)